

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 60 (1980)
Heft: 7

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

DER BEITRAG DER WIRTSCHAFT ZUM MENSCHLICHEN GLÜCK

Es muss im Grunde als verwunderlich bezeichnet werden, dass die Frage so wenig aufgeworfen und erörtert wird, in welchem Masse und auf welche Weise die Wirtschaft einen Beitrag leistet zum Glücksempfinden des Menschen. Denn die Maximierung dieses Glücks gilt doch in der Neuzeit weiterhin als anerkanntes und erstrebenswertes Ziel. «Das grösste Glück der grössten Zahl» formulierte es Bentham als Exponent des Utilitarismus des 19. Jahrhunderts.

Das Erstaunen lässt jedoch nach, sobald wir nicht so sehr die Worthülsen ins Auge fassen, sondern deren Inhalt. Dann zeigt sich, dass man zwar nicht allzu häufig von Glück spricht, sondern von der Befriedigung der Bedürfnisse, dass aber damit etwas Ähnliches gemeint ist. Bedürfnisse werden als Mangelempfindungen umschrieben, und die Überwindung des Mangels oder der Knappheit an Sachgütern und Dienstleistungen gilt als zentrale Aufgabe der Wirtschaft. Sie soll zunächst jene Güter des Existenzbedarfs bereitstellen, also jene «basic needs» sättigen, von denen heute im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern so oft die Rede ist. Ihre Pflicht ist es aber ausserdem, wenn möglich auch Annehmlichkeitsgüter für das «schöner leben» möglichst preiswert und in grosser Menge abzugeben, d. h. auch für den Kultur- und sogar Luxusbedarf zu sorgen.

Wenn das selbst für die breiten Massen der Bevölkerung geschieht,

spricht man von der Wohlstandsgesellschaft. Und die Ideologie, welche einem Grossteil der Wirtschaftstätigkeit und auch der Wirtschaftspolitik zugrundeliegt, läuft darauf hinaus, dass als Folge dieser Errungenschaft auch das grösste Glück der grössten Zahl gewährleistet sei. Ob die verwendeten Ausdrücke dann Bedürfnisbefriedigung oder Freude oder Lustgewinn lauten, ändert am Wesen der Sache wenig: entscheidend ist die Annahme, eine reichliche Güterversorgung sei nahezu imstande, das Paradies auf Erden herzustellen. Mit andern Worten: Das «konsumtive Glück» wird gemäss dieser Auffassung nahezu mit dem Glück schlechthin identifiziert. Ein hohes Versorgungsniveau mit den Produkten des Marktes, so heisst es, sei eine notwendige, aber auch eine ausreichende Bedingung für das menschliche Wohlbefinden.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Natürlich waren die meisten tiefer schürfenden Ökonomen nicht ganz so naiv, wie es aus den vorangehenden Sätzen scheinen könnte. Dennoch bleibt ausdrücklich festzuhalten, dass jene Ordnung der Leistungsgesellschaft, in der sozusagen alle Energien auf den wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet waren und sind, ihre innerste Rechtfertigung in der dargelegten

Auffassung fand. Es wurde tatsächlich stillschweigend unterstellt, es bestehe eine gewisse Proportionalität zwischen der Höhe der Realeinkommen und dem Grad der Zufriedenheit. Infolgedessen lohne es sich, die Arbeitsproduktivität immer weiter zu steigern und den Menschen in seiner Eigenschaft als Verbraucher immer mehr zu verwöhnen.

Gewisse Modifikationen wurden freilich theoretisch schon früh anerkannt, wenn auch praktisch kaum je beachtet. So ermittelte man ein «Gesetz des abnehmenden Grenznutzens» bei immer reichlicherer Güterversorgung. Danach trug ein bestimmter Zuwachs des Lebensstandards, den sich ein Reicher leisten konnte, weniger zu seinem Gesamtnutzen oder eben zu seinem Glück bei als dieselbe absolute Aufbesserung einem Armen eingetragen hätte. Auch wenn sich dieser Zusammenhang nicht logisch zwingend beweisen liess, so erschien er doch überaus plausibel. Er bildete begreiflicherweise die Grundlage für das Progressionsprinzip bei den direkten Steuern und für alle sonstigen Umverteilungsmassnahmen zugunsten der Bedürftigen, die die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert kennzeichnen.

Eine weitere Ergänzung ging dahin, dass die Menschen nicht nur Güter des Marktes begehrten, sondern, je mehr sie damit gesättigt waren, Güter anderer Art. Zu ihnen zählen beispielsweise jene Kollektivgüter, die fast nur die Öffentliche Hand anzubieten vermag, wie etwa Sicherheit gegenüber innerer oder äusserer Bedrohung, Verkehrswege und Kommunikationsmittel, Recht und Gerechtigkeit, medizinische Versorgung und

Schutz gegenüber den Folgen von Grosskatastrophen, Lebensmittel- und Baupolizei, verbindliche Masse und Gewichte und vieles andere mehr. Hierbei zeigt sich eine unverkennbare Tendenz, mehr solche öffentlichen Güter zu verlangen, nachdem der «private Reichtum» ein gewisses Niveau überschritten hatte.

Analoge Folgerungen ergeben sich aus der bekannten Maslow'schen Bedürfnispyramide. Sie lassen sich in der Weise zusammenfassen, dass der Mensch noch keineswegs wunschlos glücklich zu sein pflegt, wenn er keinen Hunger und Durst mehr hat und sich abgeschirmt weiss gegenüber der Unbill der Witterung. Ja, es zeigt sich sogar, dass ein regelrechter Wohlstandsüberdruß zutage treten kann bei jenen, die in einem gesicherten hohen Wohlstand heranwachsen. Es wäre spätestens bei der Beobachtung dieses Phänomens fällig gewesen, sich zu fragen, ob die einleitend umrissene These von der engen positiven Korrelation zwischen Lebensstandard und Glücksempfinden wirklich zutrifft, ob also der Beitrag der Wirtschaft zum menschlichen Glück so unproblematisch sei, wie man ihn zur Zeit der Armutsgesellschaft wohl zu Recht unterstellt hatte.

Wie liegen die Dinge denn in der Wohlstandsgesellschaft? Da stellt sich heraus, dass das konsumtive Glück längst nicht alles ist und dass es gerade dann als lückenhaft empfunden wird, wenn zu seiner Erlangung kein besonderer Aufwand mehr erforderlich ist. Nachdem nämlich die primären Bedürfnisse einigermaßen gesättigt sind, treten sekundäre und tertiäre in den Vordergrund. Es ist die Rede von emotionaler Unterernäh-

rung, was durchaus parallel gehen mag mit einer Überernährung hinsichtlich der Kalorien oder Joules und die gerade dann akut wird, wenn der Ernährer sich zu sehr seiner wirtschaftlichen Aufgabe widmet. Mangelempfindungen hinsichtlich Liebe und Zuneigung sind nun aber gewiss nicht durch die Wirtschaft zu beheben. Die Interessen verlagern sich sodann auf Dinge wie Selbstachtung und Fremdachtung, auf Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, auf Erfolgserlebnisse und Familienglück, auf Gesundheit im physischen und psychischen Sinn, auf Spiel und Sport, auf die Deckung des Glaubensbedarfs und des Sinnbedarfs.

Es leuchtet ein, dass die entsprechenden Güter zum grossen Teil immaterieller Natur sind und dass die Wirtschaft völlig überfordert wäre, wollte man von ihr verlangen, sie hätte sie bereitzustellen. Dennoch steht fest, dass es diese Güter sind, auf die sich die Aufmerksamkeit der Menschen um so stärker richtet, je mehr die Wirtschaft ihrer elementaren Aufgabe nachgekommen ist. Gleichzeitig wird ersichtlich, wie hohl und falsch die Erwartung ist, die Wirtschaft sei dank ihrer Produktivitätssteigerung in der Lage, das Glück zu verbürgen und es bestehe ein linearer Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Lebensqualität.

Das Anspruchsniveau

Bei den Analysen der Ökonomen zur Befriedigung der Bedürfnisse bleibt in aller Regel auch ein Faktor ausgeklammert, der nichtsdestoweniger für den Grad der Zufriedenheit von aus-

schlaggebender Bedeutung ist, die Frage nämlich, wie weit man sich die eigenen Ziele steckt und wie gross alsdann die Distanz zwischen dem Erstrebtten und dem tatsächlich Erreichten ist. Das erste lässt sich als das Anspruchsniveau und das zweite als das effektive Versorgungsniveau bezeichnen, während der Abstand zwischen beiden als Massstab für die Zielerreichung und damit die Zufriedenheit gelten kann.

In einer ständischen Gesellschaft des Mittelalters beispielsweise war es sozusagen ausgeschlossen, die Schicht zu wechseln, der man angehörte, oder den eigenen Beruf frei zu wählen. Infolgedessen richteten sich die Absichten der Menschen auch gar nicht auf den wirtschaftlichen oder sozialen Aufstieg. Statt dessen begnügten sie sich mit dem, was sie eben hatten, empfanden die Erde zwar als ein Jammertal, aber wenigstens als eines, das bald durchschritten sei und hinter dem der Himmel mit seinen Belohnungen für die guten Taten warte. Seuchen und andere Krankheiten, Feuersbrünste und Kriege, Leiden und Sterben nahmen sie deshalb einigermassen gelassen hin, weil sie nun einmal zum Leben gehörten. Zwischen Ansprüchen und Erfüllung bestand vermutlich kein grosser Unterschied.

Ganz anders in der Neuzeit, wo man in den Entwicklungsländern von einer «revolution of rising expectations» und von einem Demonstrations-effekt spricht. Hier stellen die Fortschritte von Wissenschaft und Technik anscheinend alles in greifbare Nähe, und man verlässt sich darauf, dass die noch übrig gebliebenen Probleme auch noch gelöst werden. Es wird ein «birthright to happiness» proklamiert,

das jedem zustehe. Krankheiten sind daher nicht viel anderes als Betriebsunfälle, die schleunigst wieder in Ordnung gebracht werden müssen. Medikamente gibt es ja in Fülle, und eigene Anstrengungen, um gesund zu bleiben, scheinen mehr oder minder überflüssig. Schmerzen und Leiden passen nicht in die Landschaft und sollten ausgerottet werden.

Den Angehörigen der Entwicklungsländer leben die Bewohner der reichen Industrieländer vor, was man sich alles leisten kann – wenn man nur die richtigen Formeln anwendet. Es ist ganz klar, dass unter derartigen Umständen die Ansprüche hoch geschraubt werden. Not gilt als vermeidbares Unglück und wird auch als solches verspürt, weil man hier und heute lebt. Es ist das Diesseits und nicht mehr das Jenseits, das im Mittelpunkt steht. Die Religion hat ihre Tröstungsfunktion eingebüsst; sie ist auch nicht mehr bestrebt, mit dem Status quo zu versöhnen, sondern schürt nicht selten ihrerseits die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden.

Noch ausgeprägter gilt dies natürlich für die Reklame, die den Einzelnen alle möglichen Genüsse vorgaukelt, vorausgesetzt, sie verfügen über die nötige Kaufkraft. So werden die Anspruchsniveaus künstlich in die Höhe geschraubt, und es erscheint legitim, von einer synthetisch geschaffenen Unzufriedenheit zu reden, die an sich nicht unbedingt zu existieren brauchte. Dieselbe Taktik wenden begreiflicherweise Parteien an, die sich an die Mitglieder der unteren Einkommensschichten wenden, ihnen erklären, sie würden ausgebeutet und es bedürfte nur einer totalen Umwälzung der Eigentumsordnung, damit auch

sie zu ihrem Recht kämen und glücklich würden. Solange dies freilich noch nicht gelungen ist, werden Gefühle der Unzufriedenheit gezüchtet und mobilisiert.

Doch was hat nun die Wirtschaft mit diesen Dingen zu tun? Zunächst steht ausser Zweifel, dass die Wirtschaftswerbung dazu angetan ist, Begierlichkeiten zu wecken und zu intensivieren; lassen sie sich alsdann nicht befriedigen, so bedeutet dies einen Abzug vom sonst möglichen Wohlbefinden. Gleichzeitig ist jedoch ebenso darauf aufmerksam zu machen, dass der Konsum eines lebhaft angepriesenen Gutes sehr wohl dazu beitragen mag, ausser dem Sachnutzen oder Grundnutzen auch noch einen Prestigenutzen zu stiften: Wer eine bestimmte Zigarettenmarke raucht, hat den Eindruck, einer sozialen Schicht anzugehören, deren Mitglied er gerne wäre. Wenn der Gebrauch einer gewissen Seifenmarke den subjektiven Eindruck erweckt, auszuweisen wie ein Filmstar, so kommt dies fraglos einem Lustgewinn gleich.

Sodann ist zu unterstreichen, dass die moderne Wirtschaft, in der nicht mehr die Eigentümerunternehmer, sondern die Manager dominieren, in der also die Standesunterschiede nur noch eine geringe Rolle spielen und die Schichten nach oben durchlässig geworden sind, den Fähigen Aufstiegsmöglichkeiten sondergleichen bietet. Das Anspruchsniveau in bezug auf Beruf und Einkommen, Position in der Hierarchie und Sozialprestige mag dann hochgesteckt sein – wenn die charakterlichen und intellektuellen Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Distanz zum tatsächlich erreichten Niveau klein ausfallen.

Anders ist es freilich bei jenen, die unten bleiben. Sie werden sich aus psychologisch verständlichen Gründen nicht gerne zugestehen, dass es ihr eigenes Versagen ist, das den Grund für das Steckenbleiben bildet. Unzufriedenheit wird daher bei ihnen häufig anzutreffen sein – gerade weil der modernen Gesellschaft eine Tendenz innewohnt, das Anspruchsniveau hoch anzusetzen und Bescheidenheit gering zu achten. Selbstverständlich können es auch nicht überwindbare objektive Hindernisse wie Charaktereigenarten oder fehlende Begabung, soziale Herkunft oder Schicksalsschläge sein, die den Aufstieg verhindern. Mit solchen Beeinträchtigungen werden moderne Menschen auf Grund ihrer ganzen Prägung häufig nur schwer fertig.

Fest steht jedenfalls, dass das menschliche Glück in nicht geringem Masse vom Anspruchsniveau in seinem Verhältnis zum tatsächlich erreichten Niveau bestimmt wird. Dies alles hat nun aber mit der Höhe der Realeinkommen nur insofern etwas zu tun, als die Wünsche sich unter anderem auch darauf richten. Daneben aber ist es der Drang nach einem bestimmten Beruf und einer gehobenen Stellung, nach Fremddachtung und Selbstachtung, der hier ausschlaggebend ist. Und diese Bedürfnisse vermag die Wirtschaft begreiflicherweise nicht ohne weiteres zu befriedigen.

Das produktive Glück

Gemäss «conventional wisdom» der herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften gibt es weder das Problem des Anspruchsniveaus noch das, was hier

als das produktive Glück bezeichnet wird, nämlich jene Werkbefriedigung, die in der Erwerbstätigkeit selbst zutage treten kann. Statt dessen lautet die unausgesprochene Auffassung dahin, der Mensch sei von Hause aus faul und er müsse mit besonderen Lockmitteln in Gestalt des Lohnes dazu gebracht werden, sich einzusetzen. Ausserdem sei jegliche Arbeit mit Unannehmlichkeiten verbunden, die nach einer Kompensation riefen. Deshalb der sonderbare Ausdruck «Entschädigung» – als ob die Berufstätigkeit ihrer Natur nach einen Schaden hervorrufe, der zu vergüten sei.

Wer demgegenüber die Wirklichkeit ohne Scheuklappen betrachtet, stellt alsbald fest, dass zahlreiche Personen geradezu Beruf und Berufung gleichsetzen, dass andere ein eigentliches Leistungsbedürfnis an den Tag legen, dass weitere Gruppen Werkbefriedigung empfinden und dass zahlreiche Hausfrauen, nachdem ihre Kinder ausgeflogen sind, völlig freiwillig wieder eine auswärtige Tätigkeit annehmen, ohne aus finanziellen Gründen dazu genötigt zu sein.

Daraus geht unzweideutig hervor, dass es nicht nur der Zwang ist, den Lebensunterhalt zu verdienen, der als Arbeitsmotiv wirkt, sondern dass vielfach auch die Arbeit als solche positiv bewertet wird. Das trifft natürlich in erster Linie etwa für Künstler und Wissenschaftler zu, die darin ihre Erfüllung finden. Es gilt aber nicht minder für Unternehmer und Manager, die Gelegenheit haben, ihre Ideen durchzusetzen, Macht und Einfluss auszuüben, ihre Fähigkeiten zur Geltung zu bringen und ein Werk zu gestalten. In etwas geringerem Masse trifft man ein produktives Glück in-

dessen auch bei manchen Beamten, Angestellten und Arbeitern an, denen eine gut gelöste Aufgabe innere Genugtuung bereitet.

Es versteht sich von selbst, dass dieses produktive Glück genauso Bestandteil und Bestimmungsgrund der psychischen Befriedigung ist wie das vielgerühmte konsumtive Glück und der «Freizeitnutzen». Ebenso wird deutlich, dass die Wirtschaft nicht nur «basic needs» zu sättigen vermag, sondern auch Wünsche wie jene nach Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, die dem oberen Teil der Maslow'schen Bedürfnispyramide angehören. Ja, es zeigt sich, dass der Arbeit eine eminente sozialpsychologische Funktion zukommt, nämlich die, dem Begehren der Menschen nach Kontakt und Kommunikation Rechnung zu tragen.

In der Tat bildet die Arbeitsgruppe eine Intimgruppe, die nicht nur die kognitive, sondern ebenso sehr die affektive Seite der Personen anspricht. Die Aussprache unter Berufstätigen, die dieselben oder ähnliche Aufgaben zu erledigen haben und deshalb über einen verwandten Erfahrungshintergrund verfügen, bietet Gewähr dafür, dass «Sender» und «Empfänger» dieselbe Sprache sprechen und dass infolgedessen die Verständigung keine Schwierigkeiten bereitet und dass die Interessen gleich gelagert sind. Deshalb würden wohl die verheirateten Frauen ihre Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen, wenn es nicht um das Fruchtbarmachen ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten, um die Zugehörigkeit zu einer Gruppe und die entsprechende Möglichkeit zur Aussprache ginge?

Wir brauchen die Diskussion hier

nicht weiter fortzusetzen, um zu erkennen, dass das produktive Glück un-
zweifelhaft im psychischen Haushalt der Beteiligten eine wichtigere Rolle spielt als es in der vorherrschenden Beurteilung zum Ausdruck zu kommen pflegt. Hier ist vielmehr fast ausschliesslich von Entfremdung und Versklavung, von Ausbeutung und Unterordnung die Rede. Die Entfremdung soll sich hierbei beziehen auf das Verhältnis zum erzeugten Produkt, das der Einzelne als Glied in einem arbeitsteiligen Prozess nicht mehr voll herstellt, sondern nur noch zu einem ganz geringfügigen Teil. Sie erstreckt sich sodann auf die Produktionsmittel, die nicht mehr persönliches Eigentum sind. Und sie betrifft schliesslich die Vorgesetzten und namentlich die obersten Chefs, die in Grossunternehmen kaum mehr bekannt sind – noch weniger natürlich die Aktionäre.

Das alles sei nicht bestritten, und es soll daraus die nachdrückliche Folgerung einer weiteren Humanisierung der Arbeitswelt abgeleitet werden – um so mehr, als empirische Untersuchungen ergeben haben, dass die Arbeitsfreude im Durchschnitt in den letzten Jahrzehnten eher zurückgegangen ist. Auf der andern Seite mag aber doch ein Ergebnis der amerikanischen Glücksforschung angeführt werden, das zu besagen scheint, dass die Menschen sich am zufriedensten fühlen, wenn sie völlig selbstvergessen einer Arbeit obliegen. Kurz: Verkennen wir den Stellenwert nicht, den das produktive Glück im Leben der Einzelnen spielt. Vergessen wir aber auch die Abzugsposten, das «Arbeitsleid» oder die «disutility» nicht und versuchen wir in Zukunft, den Saldo beider mög-

lichst positiv zu gestalten. Die meisten Menschen sind immerhin nicht nur Verbraucher, sondern Produzenten und Mitarbeiter in einer Person.

Die Lebensqualität

Es wird heute allgemein anerkannt, dass die Lebensqualität bzw. die totale Zufriedenheit der Menschen in den Industrieländern bei weitem nicht so stark gestiegen ist wie die Realeinkommen. Ja, es gibt sogar aus durchgeführten Befragungen Anzeichen dafür, dass sie, soweit sie subjektiv empfunden wird, überhaupt in den vergangenen Jahrzehnten kaum mehr eine merkliche Verbesserung erfuhr. Die Erklärung hiefür wird zur Hauptsache darin erblickt, dass als Ergebnis des Wirtschaftswachstums die Umweltqualität sich verschlechtert habe. Luft und Gewässer seien verschmutzt worden und man habe mehr Lärm zu erdulden. Der durchschnittliche Zeitaufwand für den Weg zum und vom Arbeitsplatz sei angewachsen, und diese «gebundene Zeit» müsse auf der Passivseite der Bilanz verbucht werden. Alle diese und weitere Nachteile machten sich indessen in den am höchsten industrialisierten Ländern auch am stärksten bemerkbar. Die Wirtschaft vermöge deshalb die «Nettowohlfahrt» in diesen Volkswirtschaften nur noch wenig anzuheben.

Derartige Ansichten, die man heutzutage statistisch zu untermauern pflegt, stimmen ohne Zweifel bedenklich. Sie enthalten indessen wiederum nur einen Teil der Wahrheit. Weder ist darin die Rolle des Anspruchsniveaus noch jene des produktiven

Glücks erfasst. Insbesondere aber fehlt auch das, was man die «Relativitätstheorie des Glücks» bezeichnen könnte. Mit diesem gewagten Ausdruck soll der Tatbestand anvisiert werden, wonach in den modernen Gesellschaften im Bewusstsein der Einzelnen nicht so sehr das eigene Versorgungsniveau von Bedeutung ist, sondern seine Relation zu dem, was sich die übrigen Glieder der Bezugsgruppe leisten können.

Legt man diesen Massstab an, so stellt sich in der Regel heraus, dass sich die Position der meisten im Vergleich zu derjenigen ihrer Nachbarn oder Berufskollegen nicht entscheidend geändert hat. Zwar befinden sich sozusagen alle in einer besseren Lage als in der Vergangenheit. Verglichen wird jedoch nicht damit, sondern mit den andern in der Gegenwart. Etwas überspitzt könnte man sagen, der Mensch lebe in einer Wettbewerbsgesellschaft vom Komparativ. Um Sozialprestige zu erringen, gilt es, den andern in bezug auf den ostentativen Verbrauch zu übertreffen. Wenn man das nicht kann, weil es den andern ebenfalls besser geht, ist man offenbar stehengeblieben.

Hinzu kommt, dass man sich an alles gewöhnt – auch an das Automobil und den Fernsehapparat, und dass mit dieser Gewöhnung der Reiz des Neuen verlorengeht. Der Lustgewinn ist am Anfang besonders gross, während mit der Zeit eine gewisse Sättigung eintritt und die Freude nachlässt. Freilich bringt die Wirtschaft dann wieder neue «gadgets» hervor, und die Reklame suggeriert, man müsse sie unbedingt haben. Wahrscheinlich ist es aber auch gerade diese Veräusserlichung, die den Sinn

für jene Werte verkümmern lässt, wie sie etwa durch Meditation und Kontemplation, durch Wandern und Naturkontakt, durch aktive Liebhaberinnen und Familienfeste zu verwirklichen sind.

Jedenfalls: Das Ergebnis, das die Befragungen über den Stand der subjektiven Befriedigung erkennen lassen, ist enttäuschender als die Zahlen über die statistische Entwicklung der Nettowohlfahrt. Der Grund hiefür liegt darin, dass die einigermaßen objektiven Angaben über die Umweltqualität wiederum nur einen höchst beschränkten Ausschnitt der gesamten Lebensqualität wiedergeben und dem subjektiven Empfinden nicht Rechnung tragen.

Fragen wir uns zum Schluss, wo an dieser Stelle die Verantwortung der Wirtschaft liegt und was sie zur Besserung der Lage beizutragen vermöchte. Wenn die «Relativitätstheorie des Glücks» stimmt, so steht dies in eng-

stem Zusammenhang mit den Normen der Konsumgesellschaft, also etwa mit dem Sozialzwang «to keep up with the Joneses». Dieser Sozialzwang in Gestalt des Aufwandwettbewerbs ist wohl eine Übertragung des allgemeinen Wettbewerbsprinzips auch auf den Bereich des Konsums, und solange wir Konkurrenz zwischen den Unternehmungen haben und haben wollen, wird vermutlich auch diese Übertragung bestehen bleiben.

Gegen das «Sättigungsgesetz» dagegen ist kein Kraut gewachsen, und seine Wirksamkeit lässt sich auch nicht der Wirtschaft in die Schuhe schieben. Dass es in hohem Masse im Laufe der Zeit den Genuss von jenen Dingen reduziert, die uns anfänglich so überaus verlockend und vielversprechend vorkamen, liegt in der Natur der Menschen und der Sachen.

Emil Küng

DER NORD-SÜD-DIALOG IN LIBERALER PERSPEKTIVE

Was heute in der Praxis unter das Stichwort «Nord-Süd-Dialog» subsumiert wird, setzt sich aus einer *kaum mehr überschaubaren Themenliste* zusammen. Technologie- und Ressourcentransfer, Abkoppelung oder Integration der Entwicklungsländer in bezug auf die Weltwirtschaft, Patentrecht, staatliche Entwicklungshilfe des Nordens, Bevölkerungsexplosion im Süden, Direktinvestitionen, Bevorzugung der landwirtschaftlichen oder der industriellen Produktion, Gegensatz von Stadt und

Land in der Dritten Welt, Zusammenprall unterschiedlicher Kulturen, Markt- oder Staatswirtschaft, Rohstoffabkommen, Protektionismus oder Freihandel, Importsubstitution – das sind nur einige der Fragen, die sich um die Probleme der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ranken. Auch *institutionell* läuft der Dialog – einige sagen Monolog – auf *verschiedenen Ebenen* ab. Die Vereinigten Nationen und zahlreiche ihrer Unterorganisationen wie die UNCTAD (United Nations Con-

ference on Trade and Development) oder die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) sind involviert. Aber auch das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), die Weltbank samt IDA (International Development Association), der Internationale Währungsfonds und weitere Organisationen beschäftigen sich mehr oder weniger intensiv mit dem Nord-Süd-Dialog. Dieses Traktandum wird zweifellos auch in den achtziger Jahren an vorderer Stelle in den internationalen Beziehungen stehen; darüber sollte die gegenwärtige Dominanz der West-Ost-Problematik nicht hinwegtäuschen.

Die Fülle der Fragen, die sich mit dem Nord-Süd-Dialog verbindet, kam erwartungsgemäss auch an einem *Kolloquium* zum Ausdruck, das die deutsche *Friedrich-Naumann-Stiftung* im letzten Herbst zusammen mit der kanadischen Liberalen Partei in *Ottawa* veranstaltet hatte. Unter dem Titel «*Perspektiven des Nord-Süd-Dialogs aus liberaler Sicht*» fanden sich rund sechzig Teilnehmer aus beinahe allen Kontinenten zusammen, um während mehrerer Tage über das Miteinander von Entwicklungsländern und Industriestaaten zu diskutieren. Indem die rührigen Initianten den zahlreichen Anwesenden aus aller Welt die Reise in die kanadische Hauptstadt ermöglichte, trugen sie auch zu einer gegenüber früheren Jahren ausgedehnten und geographisch repräsentativen Teilnehmerschaft am gleich anschliessenden Jahreskongress der Liberalen Weltunion bei. Es dürfte wohl das erste Mal gewesen sein, dass ein derart zusammengesetztes Forum in offener Weise über liberale Aspekte des Nord-Süd-Dialogs diskutierte. Die

Gespräche haben denn auch durchaus einige Akzente gesetzt, welche die Teilnehmerstruktur widerspiegeln.

Ökonomische Entwicklung

Wenn man die bisherige internationale Diskussion überblickt, zeigt sich eine Dominanz wirtschaftlicher Fragen. Das Stichwort dazu heisst «*Neue weltwirtschaftliche Ordnung*» (New international economic order), mit der man hoffte oder noch immer hofft, den grössten Teil der Diskrepanzen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten sozusagen mit einem Schlag zu beseitigen. Um so mehr musste es erstaunen (aber vielleicht nur aus der fixierten Sicht des westlichen Ökonomen), dass wirtschaftliche Probleme zwar durchaus aufgeworfen wurden, keineswegs jedoch den Charakter des Kolloquiums prägten. Dies blieb vielmehr kulturellen und Menschenrechtsfragen vorbehalten, wie später noch zu zeigen ist.

Die Diskussion über ökonomische Aspekte resultierte in einigen mehr oder weniger präzisierten allgemeinen Normen, welche zum Teil bereits vor einiger Zeit Eingang in die internationalen Verhandlungen gefunden haben. Das betrifft zum Beispiel den *Nord-Süd-Handel*. Der Eintritt für offene Märkte gehört zu den Uranliegen des Liberalen, doch wird heute weitgehend anerkannt, dass die Entwicklungsländer in den Genuss einer bevorzugten Behandlung gelangen sollen, wie das etwa im Rahmen der kürzlich abgeschlossenen Tokio-Runde des GATT ausdrücklich der Fall ist (vorläufiger Verzicht auf Reziprozität). Ein Teilnehmer meinte dazu

scherzhaft, ein offener Geist sei zwar erwünscht, er dürfe aber nicht dazu führen, dass das Gehirn herausfalle. Vertreter der Entwicklungsländer klagten, der Norden predige zwar stets liberale Grundsätze, greife aber in Rezessionszeiten als erstes zu protektionistischen Massnahmen.

Als wichtiges Ziel der Liberalen wurde die *Information* der Völker des Nordens über die Notwendigkeit und Vorteile der *Entwicklungshilfe* postuliert. Immerhin anerkennt man hierbei den kontraproduktiven Effekt unrealistisch hoher Forderungen von seiten der Dritten Welt, die lediglich den Gegnern der Entwicklungshilfe in den Industriestaaten Auftrieb verschaffen. Die Teilnehmer unterstrichen ebenso das Bedürfnis nach Hilfsprojekten, die *mit den örtlichen Bedingungen harmonisieren*, wobei die Partizipation lokaler Experten zu sichern ist. Die seit Jahren geübte Praxis, die Entwicklungshilfe im Sinne minimaler Standards in Prozenten des Sozialprodukts zu definieren, fand allgemeine Unterstützung. Problematisch erscheint allerdings der erfolgte A-priori-Ausschluss privatwirtschaftlicher Leistungen aus derartigen Kennziffern.

An dieser Stelle sei auch festgehalten, dass die Vertreter des Südens nicht immer widerspruchsfrei argumentieren. So beklagt man sich auf der einen Seite über die importverteuernde Auswirkung der in den exportierenden Industrieländern auftretenden Inflation. Gleichzeitig wird angeführt, die Teuerungskämpfung der nördlichen Länder führe dort zu Rezession, was die Ausfuhrmöglichkeiten der Entwicklungsländer und den Spielraum für die Entwicklungs-

hilfe einschränke. Am Rande sei hier auf die Regierungsrichtlinien des schweizerischen Bundesrates aufmerksam gemacht, welche der Erhöhung der öffentlichen Leistungen auf diesem Sektor «allerhöchste Priorität» zuweisen.

Erfreulicherweise war es ein Sprecher aus einem Entwicklungsland, der neben dem Nord-Süd-Dialog eine *Süd-Süd-Kooperation* forderte. Man kommt in der Tat um den Eindruck nicht herum, in der (mangelnden) regionalen Zusammenarbeit zwischen Staaten der Dritten Welt liege ein bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Potential. Konkret wurde in Ottawa die Schaffung eines «Afrikanischen Gemeinsamen Marktes» erwähnt, von dem die Teilnehmerstaaten profitieren könnten. Als positives Exempel regionaler Zusammenarbeit bewertete ein Votant die skandinavische Luftverkehrsgesellschaft SAS, während sich selbst kleinste Drittweltstaaten aus Prestige Gründen eine eigene Airline leisten.

Auch die *erdölproduzierenden Länder* kamen nicht ungeschoren davon. Dies ist nicht weiter verwunderlich, sind doch die Entwicklungsländer von steigenden Erdölpreisen gleich mehrfach betroffen. Erstens steigt direkt die Importrechnung für Energieträger. Zweitens erhöhen sich die Preise für Importgüter aus den Industriestaaten, und drittens sinkt der Realwert der Entwicklungshilfe. Daraus leiteten die Votanten die Forderung an die Ölnationen nach einer verantwortungsvollen und zurückhaltenden Preispolitik ab. Darüber hinaus sollten mehr als bisher Petrogelder in die ärmeren Länder transferiert werden. Zur generellen *Energiepolitik* machten mehrere

Sprecher auf das reichliche Vorhandensein jener Energiequellen in der Dritten Welt aufmerksam, die man bei uns im Norden zum Teil als «alternativ» bezeichnet: Sonne, Hydroelektrizität, geothermische Energie, Alkohol. Die Entwicklungsländer sollten sich unter dem Beistand der Industriestaaten stärker auf dieses Potential besinnen.

In der *Nahrungsmittelfrage* wurde der unterdessen anerkannte Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe unterstrichen: Gibt man einem Menschen einen Fisch, kann er sich einen Tag lang ernähren; lehrt man ihn zu fischen, sichert ihm das die lebenslange Versorgung. Allerdings muss der Wissenstransfer aus dem Norden stets lokale Bedingungen berücksichtigen – an und für sich eine Selbstverständlichkeit. Die Ausrottung der Armut ist eine Voraussetzung zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion – und nicht etwa umgekehrt. Die Erfahrung deutet nämlich auf eine Abnahme der Bevölkerungszunahme im Gefolge eines höheren Lebensstandards. Darin äussert sich die Tatsache, dass in ärmeren Regionen Kinder häufig als Mitverdiener und «Altersversicherung» betrachtet werden.

Zu kurz kam die Erörterung *ordnungspolitischer* Fragen, obwohl diese zweifellos im Zentrum des Interesses stehen müssen. Gerade an einer Veranstaltung unter liberaler Flagge hätte man gern Verbindlicheres über die Rollen der Privatwirtschaft und des öffentlichen Sektors erfahren. Der Umstand, dass heute in vielen Entwicklungsländern aufgrund mangelhafter oder fehlender Voraussetzungen für die Marktwirtschaft fast ausschliesslich der Staat als Entwick-

lungsmotor auftritt, darf niemanden von dieser Diskussion dispensieren.

Überwindung der kulturellen Desintegration

Dass im Verlauf der Tagung neben den Menschenrechtsfragen kulturelle und soziale Aspekte des Nord-Süd-Dialogs in den Vordergrund rückten, war nicht zuletzt das Verdienst von *Lalith Athulath-Mudali*, Handelsminister von Sri Lanka. In der eindrücklichen Rede des jungen Asiaten kam die neuere Entwicklung in der Dritten Welt zum Ausdruck, wonach man sich wieder stärker auf die überlieferten *eigenen Werte* zurückbesinnt und okzidentales Gedankengut nicht mehr kritiklos übernimmt. Der ceylonische Politiker war wohl die geeignete Person zur Unterstreichung dieser Position, figuriert sein Land doch bei internationalen Vergleichen der Lebensqualität (Alphabetisierung, Ausbildung, Lebenserwartung, Kindersterblichkeit) in Drittweltländern obenan, ohne dass damit eine substantielle Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens verbunden gewesen wäre. Nach Ansicht von Athulath-Mudali darf die internationale Entwicklungsdiskussion *nicht auf die ökonomische Dimension beschränkt* bleiben. Zwar bedingt die Befriedigung der Grundbedürfnisse ein gewisses Wirtschaftswachstum. Der Verzicht darauf läuft allzu oft nur auf eine «Gleichheit in der Armut» hinaus. Auf der anderen Seite ist die ökonomische Strategie genauestens auf die *sozialen und kulturellen Gegebenheiten* des betreffenden Landes *abzustimmen*. Werden diese Beziehungen nicht beachtet – so der

Referent –, fährt die Lokomotive (wirtschaftliche Expansion) mitsamt dem vorderen Teil des Zuges den hinteren Waggons (gewachsene soziale und kulturelle Strukturen) davon; die ganze Kombination bricht auseinander. In Anlehnung an ein aktuelles Beispiel kreierte der Redner in diesem Zusammenhang den Begriff der «Iran junction»; in diesem Land ist der erwähnte Zug mit all den bekannten Folgen vor zwei Jahren entgleist.

Athulath-Mudali führt solche Disharmonien auf eine allzu einseitige Übernahme von nicht nur wirtschaftlichen Entwicklungsphilosophien durch die Entwicklungsländer zurück. Gleichzeitig damit hat sich eine *kulturelle Einbahnstrasse* vom Norden zum Süden ergeben. Selbst in einigermaßen abgelegenen Gebieten der Dritten Welt hört man immer mehr westliche Unterhaltungsmusik; parallel dazu werden lokale Gesänge und Rhythmen in den Hintergrund gedrängt. Auch die Medien Film und Fernsehen orientieren sich eher an den Mustern der Industrieländer. In den Schulen ersetzen Themen aus den entwickelten Staaten die Geschichten aus dem Volk. Dieser Prozess hat nach Ansicht Athulath-Mudalis in den Gesellschaften der Dritten Welt zu Verwirrung, ja zu einer ernsthaften *Identitätskrise* geführt. Kultur wird immer weniger mit dem heutigen Leben verbunden, sondern auf jenes der Vorväter bezogen. Dabei ist dem asiatischen Politiker klar, dass heute eine Gesellschaft keine Insel mehr sein kann; Wandlungen sind deshalb unvermeidlich. Das Eindringen von «Weltstandards» darf aber die möglichst weitgehende Erhaltung der lokalen und regionalen Eigenheiten

nicht ausschliessen. Oder wie es Gandhi formulierte: Ich öffne meine Fenster, so dass die Winde der Welt hereinwehen können; ich weigere mich aber, mich von diesen Winden wegtragen zu lassen. Als Quintessenz postuliert Athulath-Mudali die Einheit von materiellem und geistig-kulturellem Fortschritt, beides komplementäre Aspekte des gleichen Problems. Als Westler mögen einem diese Betrachtungen auf den ersten Blick vielleicht etwas fremd anmuten. Da aber der wirtschaftliche Entwicklungsprozess gerade in den offenen, liberalen Ländern des Nordens zu einem gewissen Bruch mit kulturellen Werten geführt hat, sollte uns diese Diskussion nicht unberührt lassen.

Das Referat des Gastredners aus Sri Lanka provozierte zahlreiche Voten. So wies ein Sprecher auf das Problem der *Massenmedien* hin und führte den ungleichgewichtigen Nachrichtentransfer auf das weitgehende Fehlen von Presse- und Informationsagenturen im Süden zurück. Andererseits scheint es doch, dass abgesehen von Katastrophenmeldungen Themen aus den Entwicklungsländern vermehrt in die Medien der Industrieländer Eingang finden, wenn auch auf diesem Gebiet noch einiges nachzuholen bleibt. Ein weiterer Diskussions Teilnehmer erblickte einen Konflikt zwischen dem liberalen Postulat einer freien und unabhängigen Presse als «Vierter Gewalt» und der Aufrechterhaltung der kulturellen Identität einzelner Völker. Gewiss mag es hier Probleme geben, die sich jedoch bestimmt nicht durch einen zentralistischen Presseintopf lösen lassen. Die entsprechende Arbeitsgruppe hielt denn auch in ihrem Schlussdokument

fest, dass nur ein Journalisten-Status in Frage kommt, welcher die uneingeschränkte Informations- und Gedankenfreiheit respektiert. In diesem Sinn wären Gruppen zu unterstützen, die für eine unabhängige Information eintreten.

Einig war man sich auch über die Notwendigkeit, den freien und gleichgewichtigen *kulturellen Austausch* zwischen Nord und Süd zu fördern; kulturelle Unterschiede sind hierbei in einem liberalen Sinn als Bereicherung aufzufassen. Zu diesem Punkt gehört unzweifelhaft die *Erziehung* der kommenden Generationen. Dies betrifft neben den Ländern des Südens ebenso die Industriestaaten. Die Kenntnisse der dortigen Jugend über Entwicklungsländer sind nach wie vor ungenügend.

Unteilbare Menschen- und Bürgerrechte

Mindestens soviel wie soziale und kulturelle Fragen gaben die *Menschen- und Bürgerrechte* zu reden, die sich alsbald als zentraler Punkt des «internationalen Liberalismus» entpuppten. Hauptträger dieser Diskussion waren die zahlreichen Gäste aus *Lateinamerika*, einem Kontinent, von dem es in bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und der Demokratie nichts überaus Positives zu berichten gibt. Besonders hervor taten sich hier neben anderen Hector Sandler, früherer Vertrauter eines ermordeten argentinischen Präsidenten und heute im mexikanischen Exil lehrender Professor, sowie Carmen de Lara Castro, engagierte Präsidentin des paraguayischen Menschenrechtskomitees – sie

hatte Stroessners Militärdiktatur erst aufgrund diplomatischer Bemühungen überhaupt verlassen können!

Zahlreiche Voten liessen erkennen, dass die Akzente nicht überall gleich gesetzt und Begriffe verschieden definiert werden. Die Asiaten betonten eher den *sozialen* Aspekt der Menschenrechte. Ohne die Deckung der materiellen *Grundbedürfnisse* – so die Argumentation – bleiben Begriffe wie Freiheit und Würde inhaltslos. Dieser Zusammenhang ist sicher evident, und die alten liberalen Rechtsstaaten haben denn auch im Lauf ihrer Geschichte überall die soziale Komponente ausgebaut und verstärkt. Völlig verfehlt wäre es hingegen, mit dem Hinweis auf Armut und Elend in der Dritten Welt als vorrangig zu lösende Probleme die Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte vorerst – wirklich nur vorerst? – zu dispensieren. Die Menschenwürde von der Höhe des Bruttosozialprodukts abhängig zu machen – diesen Weg kann ein Liberaler nicht mitgehen.

Die vor allem betroffenen Lateinamerikaner stellten denn auch die *individualistische* Menschenrechtskonzeption in den *Vordergrund*. In einem eigens eingebrachten Papier bezeichneten sie die *persönliche Freiheit* als Fundament jeglicher sozialer Beziehungen. Das Plenum fand sich zu einigen Normen und Empfehlungen zusammen, die indessen die nicht überall identische Betrachtungsweise der Problematik zum Ausdruck bringen. So wurden zum einen Freiheit und Demokratie aus liberaler Sicht als *Basis aller übrigen Rechte* postuliert. Aus diesem Grund darf der Kampf dafür niemals als unrechtmässige Einmischung in die internen Angelegenheiten jener Län-

der betrachtet werden, die diese Rechte verletzen. Der internationalen Gemeinschaft kommt das Recht und die Pflicht zu, sich darum zu kümmern; eine mutmassliche Verletzung kann nicht allein Sache des betreffenden Staates sein. Diese Einschätzung stellt eine *klare Absage an die nationalistische Menschenrechtskonzeption* dar, nach welcher ein irgendwie definiertes «nationales Interesse» über den persönlichen Freiheiten steht. Das ist um so bemerkenswerter, als man diese Auffassung in der Praxis zahlreicher Entwicklungsländer vorfindet. Auch wiesen die Teilnehmer des Kolloquiums die in zahlreichen Staaten der Dritten Welt propagierte Idee zurück, auf dem Altar des ökonomischen Fortschritts die Menschenrechte zu opfern.

Auf der anderen Seite kam die soziale Komponente durchaus zum Tragen. Das abschliessende Dokument hält fest, dass alle drei Kategorien von Menschenrechten von grösster Wichtigkeit für ein Leben in Würde seien: Achtung der menschlichen Integrität (Menschenrechte im engeren Sinn), Gewährleistung der Bürger- und politischen Rechte, Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse. Nur darf der eine Aspekt nicht im Sinne einer Saldierung gegenüber dem andern aufgerechnet werden.

Die Tagungsteilnehmer fanden sich zur Forderung zusammen, gegenseitige Vereinbarungen über wirtschaftliche Kooperation, technologischen Transfer und finanzielle Unterstützung dürften nur unter Berücksichtigung des Respekts getroffen werden, der in den betreffenden Ländern den Menschenrechten gezollt wird. Dies schliesst sowohl bilaterale wie multi-

laterale Übereinkommen ein. Ein Votant beklagte andererseits bei dieser Gelegenheit, die Industrieländer verteilten zwar gerne schlechte Noten an jene Staaten, welche die Menschenrechte verletzten. Hingegen existiere leider kein paralleles System, das in positiven Fällen Pluspunkte vorsehe. Schliesslich wurde einmal mehr Südafrika ausdrücklich verurteilt.

Im weiteren bedauert das Plenum, dass in bezug auf den vor fünfzehn Jahren von Costa Rica gemachten Vorschlag zur Einsetzung eines *UN-Hochkommissars für die Menschenrechte* noch keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Während im Sinne eines langfristigen Ziels an dieser Forderung festgehalten wird, sollte man in der Zwischenzeit wenigstens den Status eines «Deputy Secretary» vorsehen, der direkt dem UNO-Generalsekretär verantwortlich wäre. Die einzige Aufgabe dieser Person bestünde darin, den Generalsekretär in Menschenrechtsfragen zu beraten. Gleichzeitig werden alle Nationen ermutigt, das Zusatzprotokoll des Übereinkommens zu den Bürger- und politischen Rechten zu unterzeichnen, das die Individualklage jeder Person aus einem Signatarstaat beim UN-Menschenrechtskomitee vorsieht. Dieser Wunsch schliesst keineswegs die Anerkennung *regionaler Übereinkommen* mit dem gleichen Ziel aus, welche gegenwärtig in Europa und Amerika in Kraft sind.

Einzelnen und Organisationen, die Opfer der Unterdrückung sind oder selbst Unterdrückung bekämpfen, sollte mit institutionellen Massnahmen geholfen werden. Die Anwesenden gaben sich jedoch keinerlei Illusionen darüber hin, dass bei solchen Aktivitäten diplomatische Komplikationen

zu gewärtigen wären. Deshalb ist auf die Gründung einer *internationalen, nicht-profit-orientierten Stiftung* hinzuwirken, deren Mittel nicht-gouvernementalen, nationalen Menschenrechtsorganisationen zukommen sollten. Die Gelder wären aber ebenfalls zugunsten einzelner Gefangener, Opfern der Unterdrückung und Exilierter einzusetzen.

Konflikt oder Kooperation?

So der Titel eines Vortrags, der in Ottawa zu hören war. Wer damals noch die Relevanz dieser Fragestellung bezweifelt hatte, musste sich spätestens einige Monate darauf eines Besseren belehren lassen. Wir gehen nicht unter den günstigsten Vorzeichen in die dritte Entwicklungsdekade. Abgesehen von der aktuellen *Verschärfung des West-Ost-Gegensatzes* ist die Nord-Süd-Diskussion zweifellos ins Stocken geraten. Das beweist der *Misserfolg* der jüngsten *UNIDO-Generalkonferenz* vom Februar in Delhi. Noch nie sind die Gesprächsteilnehmer in den letzten Jahren unter derart verhärteten Fronten nach Hause zurückgekehrt wie aus Indien. Sicher mag man das Scheitern teilweise auf die mangelhafte Vorbereitung des Treffens und taktische Überlegungen zurückführen. Tatsache aber bleibt, dass sich das Resultat der Konferenz in der Auflistung der gegensätzlichen Standpunkte erschöpfte. Die Teilnehmer des Friedrich-Naumann-Symposiums stellten bereits vor diesen Ereignissen fest, die UNO-Sonderorganisationen, aber auch andere Institutionen, innerhalb derer sich der Nord-Süd-Dialog abspielt,

seien immer mehr zu *Organen der Konfrontation* geworden. Wie können diese Konflikte abgebaut werden? In erster Linie ist es notwendig, von den Ritualen der gegenseitigen Beschuldigung wegzukommen. Ob dies möglich ist, wird vielleicht die Auseinandersetzung um den kürzlich fertiggestellten Bericht der nach dem früheren deutschen Kanzler benannten Brandt-Kommission erweisen. Allerdings ist auch hier Skepsis am Platz, denn der Bericht enthält wieder etliche Postulate, die schon seit Jahren in der Diskussion sind. Jedenfalls ist fraglich, ob man der Problemlösung mit ständig neuen Institutionen näherkommt; zu viele entscheidungsunfähige Gremien sind bereits heute involviert. Notwendig wäre ein in der Personenzahl begrenztes, aber trotzdem repräsentatives und entscheidungsfähiges Forum.

Das Treffen in der kanadischen Hauptstadt war hoffentlich nur der Beginn eines weltweiten Gesprächs unter liberalen Kräften, wobei aber eben schon in der Begriffserklärung des Liberalismus die Betonung unterschiedlich erfolgte. So bezeichneten zum Beispiel einige Sprecher aus Entwicklungsländern den in der nördlichen Halbkugel praktizierten Liberalismus bereits als Exzess des Kapitalismus. Eines sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen: Ausgerechnet jene geschichtliche Entwicklung, die uns mehr Rechte und Freiheiten verschaffte, bescherte den Ländern der Dritten Welt den Kolonialismus. Dennoch ist es nötig, dass sich Liberale aus aller Welt stets von neuem zusammensetzen und den Dialog suchen, auch wenn sich der Erfolg nicht von einem Tag auf den anderen einstellt. Die Tagung in

Kanada hat immerhin eines deutlich erhellt, was bisher allzu oft unbeachtet geblieben ist, nämlich die *Interdependenz ökonomischer, sozialer und kultureller Fragen*. Ohne die Berücksichtigung dieses Zusammenhangs muss jeder Dialog früher oder später scheitern. Wer andererseits meint, hier

stünden sich ohnehin derart fremde Welten gegenüber, dass schon aufgrund der Voraussetzungen nicht mit einem Resultat zu rechnen sei, sollte sich die Konsequenzen eines Abseitsstehens ausmalen.

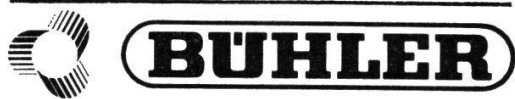
Peter Eberhard

Kennen Sie?

die Bühler-Firmengruppe:

Stammhaus in Uzwil, 5 Zweigwerke, Bühler-Miag GmbH, Braunschweig, sowie 13 Tochtergesellschaften, weltweit tätig in Getreidemüllerei, Saatgutreinigungsanlagen, Teigwarenfabriken, Nahrungsmittelindustrie, Schäl- und Sägmüllerei, Süßwaren- und Genussmittelindustrie, Mälzereien und Brauereien, Speiseölindustrie, Mischfutterindustrie, Schiffsentlade- und -beladeanlagen für Schütt- und Stückgüter, Silo- und Umschlagsanlagen für Schüttgüter,

Förderanlagen für Schütt- und Stückgüter in verschiedenen Industriezweigen, Chemietechnik, Zementfabriken und Anlagen für die Industrie der Steine und Erden, Anlagen für den Umweltschutz, Farbenfabriken, Seifenfabriken und verwandte Industriezweige, Anlagen für die Tabakindustrie. Innerbetriebliche Transportfahrzeuge. Metall-Druckgiessmaschinen und -anlagen, Kunststoff-Spritzgiessmaschinen und -Verarbeitungsanlagen.



GEBRÜDER BÜHLER AG
CH-9240 Uzwil / Schweiz
